

Annoncen-Annahme-Bureau:
In Posen
außer in der Expedition
bei Krupski (C. H. Alrici & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Ch. Spindler,
Markt- u. Friedrichstr. Ecke 4,
in Grätz bei Herrn J. Streisand;
in Frankfurt a. M.:
G. J. Döhrle & Co.

Posener Zeitung.

Vierundsechzigster

Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureau:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen;
in Posen, Gnesen,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,
Wien u. Basel;
Hanssen & Wegler;
in Berlin:
J. Klemmeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Kahl.

Nr. 457.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt viertel-
jährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz
Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen an-
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Sonntag, 30. September

Inserate 14 Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder
deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher,
find an die Expedition zu richten und werden für
die an denselben Tage erscheinende Nummer nur
bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1871.

Amtliches.

Berlin, 29. September. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Oberst-Rämmler Grafen v. Redern das Groß-Komthurkreuz des Rgl. Hausordens von Hohenzollern mit dem Stern; dem Wirtl. Geh. Rath v. Frankenberg-Ludwigsdorf, sowie dem Ersten Präsidenten des Ober-Tribunals, Staats-Minister v. Uden, den Stern der Groß-Komthure desselben Ordens, dem Geh. Ober-Tribunals-Rath a. D., Professor Dr. Hommerhies, den Rothen Adler-Orden 2. Kl. mit dem Stern und Eichenlaub in Brillanten, dem diensttuenden Kammerherrn Ihrer Durchlaucht der Fürstin von Reqnitz, Grafen v. d. Gröben, den Rgl. Kronen-Orden 2. Kl. mit dem Stern und dem Geh. Ober-Justiz-Rath und Appellationsgerichts-Vize-Präsidenten Welter zu Paderborn den Rgl. Kronen-Orden 2. Kl. zu verleihen.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 29. Septbr. Die auf heute anberaumte ordentliche General-Versammlung der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft hat unter sehr zahlreicher Betheiligung stattgefunden. Die Anträge der Gesellschaftsvorstände, Ausdehnung des Unternehmens der Gesellschaft auf den Bau und Betrieb einer Lokomotivbahn nach Gleiwitz, sowie Abänderung der Bestimmung des 17. Statuten-Nachtrages betreffend, wurden einstimmig angenommen. Dagegen wurde der Antrag des Aktionär Otto Paul: „Die Versammlung der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft wolle dahin wirken, daß vom laufenden Jahre (1871) ab dem Fiskus die sogenannte Superdividende nur von dem Stamm-Kapitalcapital Lit. A. und B. mit 6,303,100 Thaler überwiesen werde“ mit 495 gegen 301 Stimmen abgelehnt.

Hamburg, 28. September. Der hiesige Gesundheitsrath hat die Erklärung abgegeben, daß die hier nur schwach aufgetretene Cholera erloschen sei.

Karlsruhe, 29. September. Wie die „Karlsruher Z.“ mittheilt, ist der Präfect des Niederrheins, v. Ernsthausen, nach abgelaufenem Urlaub wieder in Straßburg eingetroffen und hat die Leitung der Geschäfte von Neuem übernommen. — Denselben Blatte zufolge ist Minister a. D. v. Roggenbach beschäftigt, die Räume für die in Gründung begriffene Universität in Straßburg in Stand setzen zu lassen.

Darmstadt, 29. September. In der Abgeordnetenkammer beantragten die Abgeordneten Fink und Griesner, die Kammer wolle die Regierung ersuchen, durch ihren Gesandten die Errichtung von Post-Spar- und Versicherungsanstalten nach Muster der in England bestehenden für das Gebiet des deutschen Reichs beantragen zu lassen. Abgeordneter Möllinger wurde mit der Berichterstattung hierüber beauftragt. — Bei der gestern stattgehabten Wahl der Kirchenvorstände legte die vom Protestantenverein aufgestellte Liste mit drei Vierteln aller abgegebenen Stimmen.

München, 29. Sept. Das hiesige Zentralkomitee der Altkatholiken hat beschlossen, regelmäßige sonntägliche Gottesdienste abzuhalten und wird bei der Regierung und den Gemeindebehörden um Einräumung von Simultankirchen nachsuchen. — Nächsten Sonntag wird einstens aus Breslau hierher eine Predigt halten. — In der heutigen ersten Sitzung des Landtages werden zunächst die Austrittsgesuche der Abgeordneten Vog, Frenzel, Croissant und Huttenreiter, sowie die Urlaubsgesuche der Abgeordneten Schmiedel, Sedlmayer und Schieferer bewilligt. Hierauf legt der Finanzminister das Budget vor. Der Minister betont, daß das Budget durch die Verträge von Versailles und die Bestimmungen des Frankfurter Friedens wesentlich beeinflusst ist. Durch die letzteren sind Ausfälle in den Einnahmen entstanden, da namentlich das Erträgnis aus den Zöllen und den Steuern auf Rübenzucker, Salz und Tabak in die Reichskasse fließt. Wenn diese Reichseinnahmen nicht ausreichen, so muß Bayern Beiträge zahlen, aus welchen sodann auch das bairische Heereskontingent erhalten wird. Das Militärbudget ist mithin in Zukunft kein Theil des bairischen Budgets. Da das Reichsbudget noch nicht festgestellt ist, so können gewisse Titel des Budgets nur approximativ aufgestellt werden. Der Finanzminister weist ferner darauf hin, daß durch den auf Bayern fallenden Antheil an der französischen Kriegsschuldung die Heimzahlung der ganzen Kriegsanleihe, sowie eines ansehnlichen Theiles der übrigen Staatsschulden, und eine Aufbesserung der Lage der Schulden ermöglicht werden wird, doch sei zu letzterem Behufe ein Zuschlag der Steuern im Betrage von 1,103,800 Fl. erforderlich, was eine Erhöhung der Steuern um 10% nöthig mache. — Der Finanzminister legt ferner ein Gesetz wegen Forterbung der Tax- und Stempelsteuer bis 1. Juli 1872 vor, bis zu welchem Zeitpunkte die Reichszivilprozeßordnung eingeführt werden soll. Der Minister des Innern bringt eine Gesetzesvorlage ein, betreffend Abänderungen der Geschäftsordnung des Landtages, durch welche eine Beschleunigung des Geschäftsganges erzielt werden soll.

Paris, 29. Septbr. Die Permanenz-Kommission der National-Versammlung soll am 5. Oktober wieder zu einer Sitzung zusammen-treten. — Der diesseitige Botschafter in Wien, Marquis de Banneville, ist in Versailles eingetroffen. Seine Reise ist, wie die „Agence Havas“ berichtet, lediglich durch Privatangelegenheiten veranlaßt.

Wien, 29. Septbr. In gut unterrichteten Kreisen wird die vom „Temps“ veröffentlichte Analyse einer angeblichen Depesche des Grafen Berni über die gasteiner Verhandlungen als apokryph bezeichnet.

Bern, 29. Septbr. Baden ist der Uebereinkunft zwischen der Schweiz und dem Norddeutschen Bunde betreffend die gegenseitige Anerkennung von Aktiengesellschaften vom 1. Oktober ab beigetreten. — Der Zusammentritt des Schiedsgerichts für die Ausföhrung des Washingtoner Vertrages bezüglich der Alabamafrage dürfte nicht vor zwei Monaten erfolgen, da der Kaiser von Brasilien das fünfte Mitglied des Schiedsgerichts bisher noch nicht ernannt hat.

Triest, 28. Septbr. Der Lloyd-Dampfer „Apollo“ ist heute Abend

8½ Uhr mit der ostindisch-chinesischen Ueberlandpost aus Alexandrien hier eingetroffen.

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 29. September. Trotz der günstigen Mittheilungen, welche täglich französische Berichte, namentlich auch die in der „Indep. belge“, über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen in der elsässischen Zollfrage verbreiten, ist daran festzuhalten, daß zwar der Wunsch nach einer Verständigung auf beiden Seiten nach wie vor vorhanden ist, die Verständigung selber aber immer noch auf sich warten läßt. Selbst die heute eingegangenen direkten Nachrichten aus Versailles lassen auf keinen wesentlichen Fortschritt der Verhandlungen schließen; daß aber, wenn auch diese Verhandlungen jetzt im vollen Fluße wären, sie noch eine geraume Zeit auf ihren Abschluß warten lassen dürften, geht schon daraus hervor, daß, wie mir aus verbürgter Quelle mitgetheilt wird, erst vor wenigen Tagen von Seiten des Grafen Arnim der Entwurf zu einem Abkommen, welcher als Grundlage der Verhandlungen dienen soll, an den Reichskanzler behufs Einholung der Zustimmung desselben eingesandt worden ist. Die bisherigen Besprechungen können also nur den Zweck gehabt haben, den eigentlichen Verhandlungen über eine positive Vorlage, welche erst jetzt begonnen haben können, den Weg zu ebnen. Man wird gut thun, diese Thatsache den optimistischen Darstellungen gegenüber, welche selbst in die deutsche Presse, z. B. die „Kölnische“ und die „Elberfelder Zeitung“ dringen, im Auge zu behalten. — Wie man erfährt, ist auf die be-kanntheit von Seiten der deutschen Bischöfe an den Kaiser gerichtete Petition noch keine Antwort erfolgt; wahrscheinlich wird der Monarch dieselbe erst nach seiner Rückkehr nach Berlin und nach Rücksprache mit dem Reichskanzler ergehen lassen.

□ Berlin, 29. September. [Tabaksteuer. Die Scabell'sche Angelegenheit. Demokraten und Ultramontane.] Es ist neuerdings in der Presse die Nachricht kolportirt worden, die Reichs-Regierung habe die Frage wegen wesentlicher Erhöhung der Tabaksteuer in Erwägung gezogen. Diese Nachricht hat zu einem unnötigen Erregung mehrfach Veranlassung gegeben, und deshalb dürfte es wohl angezeigt sein, darauf hinzuweisen, daß in dem hiesigen Reichstagen von einer derartigen Absicht nichts bekannt ist. Man wird sich noch entsinnen, daß in der letzten Session des Zollparlamentes bei Gelegenheit der Verhandlung des Zolltarifs diese Frage durch eine Anregung aus der Mitte des Hauses heraus zur Sprache gebracht wurde. Die Ansichten, welche bei der Diskussion derselben zu Tage traten, könnten jedoch für die Regierung ein Fingerzeig sein, daß eine Vermehrung der Einnahmen des Staates auf diesem Wege bei der Reichsvertretung auf entschiedenen und nicht geringen Widerstand stoßen werde; und aus diesem Grunde dürfte eine Anregung, wenn sie wirklich von irgend einer Stelle ausgegangen sein sollte, sehr bald beseitigt worden sein. — In der Prozeßangelegenheit des Branddirektors Geheimen Regierungsraths Scabell sind nachträglich noch mehrere auswärtige Blätter in Anklagezustand versetzt worden, wenigstens ist bei den betreffenden Staatsanwälten von dem Geh. Rath Scabell der Strafantrag gestellt worden. Bemerkenswerth ist, daß sich unter diesen Blättern mehrere Amtsblätter befinden, und es ist zu verwundern, daß auch in diese ein solch böses Gerücht Eingang finden konnte. — Der hier neubegründeten „Demokratischen Zeitung“, deren Probenummer in diesen Tagen erschienen ist, ist ein großes Unglück passiert. Die „Germania“, das Leiborgan der Ultramontanen, erklärt heute, daß sie als ein Partner in den politischen Fragen zur demokratischen Zeitung stehen werde und mit dieser Zeitung gemeinschaftlich im Ressort des Aeußern gegen „die Politik des Erfolges“ kämpfen werde. Wahrscheinlich, noch ein solcher Anhang; und „die Demokratische Zeitung“ kann sich nur dann gleich selbst ihren Todtenschein ausstellen. Die Herren Lübeck und Voigt werden Herrn Mahunk für diese Erklärung sehr wenig Dank wissen.

— Hinsichtlich der auf dem Gebiete der Justizverwaltung zu erwartenden Erhöhung der Beamtengehälter in Preußen hört man, daß die unterste Stufe um 100, die mittlere um 150 und die höheren Kategorien um 200 bis 300 Thlr. erhöht werden sollen. (Diese Erhöhungen wären ebenso unzulänglich wie deren Abstufungen un-gerecht.)

Berlin, 27. Sept. Unsere Diözese weist bis jetzt noch keinen katholischen Geistlichen auf, der gegen die Unfehlbarkeit aufgetreten wäre. Man glaubt jedoch, daß es unter der Zahl der Geistlichen dennoch viele giebt, die durch das neue Dogma, welches zu einer Spaltung in der katholischen Kirche Veranlassung gab, nicht besonders erbaut sind. Trotzdem hält man den Zeitpunkt noch nicht für geeignet, sich den Bestrebungen der Altkatholiken anzuschließen. Zu den Führern der Unfehlbarkeitsanhänger gehört auch der Pfarrer Dr. Redner zu Danzig, welcher das hochultramontane „Danziger Kirchenblatt“ redigirt. Der Magistrat zu Danzig hatte demselben seit einer Reihe von Jahren den Religionsunterricht an den höheren Lehranstalten zu Danzig übertragen, aber im Einverständnisse mit dem Provinzial-Schulkollegium zu Königsberg aus nachfolgenden Gründen gefündigt. — Der Abgeordnete des Straßburger Kreises, Hr. Janas von Lyskowski, hat in den polnischen Blättern einen Aufruf erlassen, in welchem er den Wunsch ausdrückt, die Führer der polnischen Reichs- und Landtagsmitglieder mögen sich vor der Eröffnung der Session versammeln, um zu beraten, auf welche Weise die Gleichberechtigung der polnischen Sprache in den Schulen, dem Gerichte u. s. w. zu erzielen sei. (Brb. 3.)

Madrid, 23. Septbr. Der „Politica“ theilt mit, daß demnächst eine Begegnung der beiden Könige von Spanien und Portugal stattfinden werde, die durch den Prinzen Humbert vermittelt worden sei. Der König von Portugal ist behelflich der Schwager des Königs von Spanien. — Als vorläufiger Präsident des Kongresses wird der Justizminister Montero-Rios bezeichnet.

Warschau, 27. Septbr. Im russischen Militär-Departement herrscht noch immer die regste Thätigkeit, die sich in letzter

Zeit vorzugsweise der Verbesserung und Verstärkung der Artillerie zugewendet hat. Nach einem dem Kaiser bereits zur Bestätigung vorliegenden Projekt des Kriegsministeriums sollen noch 60 neue Feldbatterien zu 8 Geschützen errichtet und dadurch die Feldartillerie um 1/3 ihrer bisherigen Waffenmacht verstärkt werden. — An dem so eben beendigten Altkatholiken-Kongreß in München haben sich, russischen Blättern zufolge, mit Genehmigung der Regierung, auch drei Delegirte der antinfallibilistischen gesinnten katholischen Geistlichkeit Rußlands betheiligt. Es sind dies ein Professor der geistlichen Akademie in Petersburg, Dscemski, und zwei Pfarrer aus dem Königreich Polen. Die russische Regierung macht kein Hehl aus ihrer Sympathie für die antinfallibilistische Bewegung in Deutschland und würde es wohl gerne sehen, daß diese Bewegung auch unter der polnischen Bevölkerung Rußlands in Fluß kommen möchte. Der Erfolg dieser Hoffnung steht aber der Umstand entgegen, daß die polnische Nationalität in Rußland sich fest an den römischen Katholizismus anklammert, aus dem sie ihre ganze Lebens- und Willenskraft schöpft und mit dem sie daher zu stehen und zu fallen glaubt. — Die Wohnungsnoth hat in Petersburg seit vorigem Jahre, wo in Folge des Krieges Hunderte von reichen russischen Familien, die bis dahin im Auslande gelebt hatten, in die Heimath zurückkehrten, einen so hohen Grad erreicht, daß es selbst für bemittelte Familien unmöglich war, eine Wohnung für einen ihren Verhältnissen angemessenen Miethspreis zu finden. Die bekannte Energie der russischen Behörden weiß in jeder Noth Hilfe zu schaffen. Da alle Bemühungen der Polizei und der Kommunalbehörde, die dahin gerichtet waren, die unerfährliche Habgier der Hausbesitzer zu mäßigen, sich als erfolglos erwiesen und die Miethspreise bis zu einer unerhörlichen Höhe gesteigert wurden, so ernannte der städtische Gemeinderath eine aus Sachverständigen bestehende Kommission und beauftragte sie, von Haus zu Haus zu gehen und den Miethwerth der leer stehenden Wohnungen gewissenhaft abzuschätzen; die Hausbesitzer aber wurden zugleich von der Polizei unter Androhung von Strafen angewiesen, für den amtlich abgeschätzten Miethpreis ihre Wohnungen zu vermieten. Dies Mittel ist freilich ein sehr energisches und mag auch wohl nicht ganz legal sein, es hat aber der Wohnungsnoth in Petersburg gründlich abgeholfen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 30. September.

— **Cholera.** Am 27. sind in Königsberg 7 Personen erkrankt und 6 gestorben. — In Danzig ist am 29. d. ein Erkrankungsfall vorgekommen. — In Stettin sind vom 28. zum 29. d. 6 Personen erkrankt und 6 gestorben.

— **Militärisches.** Marschall, Probiantsmeister in Münster nach Posen, Bräuer, Probiantsamts-Assistent in Posen, als Depot-Magazin-Verwalter nach Naumburg, Volkman, Depot-Magazin-Verwalter in Lissa als interim. Probiantsamts-Kontrollleur nach Koblenz, Elsner, Depot-Magazin-Verwalter in Schneidemühl nach Lissa veretzt.

— **In der Kreuzkirche** fand am Donnerstage die Einsegnung der Konfirmanden des Herrn Oberpredigers Rette statt.

— **Vor dem Berliner Thor** wird der provisorische verlegte Bahnstrang der Breslau-Posener Bahn seit einigen Tagen befahren. Die neue Chaussee von der Bahnhofstraße nach der Breslauer Chaussee geht ihrer Vollendung entgegen.

Gnesen. In einem berliner Blatte finden wir folgende Erzählung, für deren Wahrheit wir keine Bürgschaft übernehmen können: Daß auch ein Geistlicher und noch dazu in Friedenszeiten bei Ausübung seines Berufes dem Tode durch Erschießen ausgesetzt werden kann, mußte der katholische Pfarrer zu R. im Erzbisthum Gnesen am 4. Juni d. J. an sich erfahren. Am Morgen des gedachten Tages stellten sich nämlich der Müllergeresse Splitt und die von diesem geschwängerte uneheliche Chmielowska bei dem Geistlichen mit dem Verlangen ein, wegen der vorliegenden Schwangerschaft sofort getraut zu werden, obgleich sie nicht aufgeboten waren und der ilterliche Trauungsconsens verweigert war. Aus den festgedachten beiden Gründen lehnte der Pfarrer die Vornahme der Trauung ab. Am Abend wurde er unter dem Vorgeben, es handle sich um eine Nothtaufe, nach der Kirche geholt, wo er den Splitt und die Chmielowska antraf. Ersterer trat sofort mit einem geladenen Doppelgewehr auf ihn zu und forderte unter der Drohung, zu schießen, die sofortige Trauungsvornahme, die der Geistliche zu verweigern nunmehr den Muth verloren hatte. — Man darf gespannt sein, ob diese Trauung, deren Gültigkeit vom Staatsanwalt angefochten werden soll, als verbindlich befunden werden wird. Die geistliche Behörde hat übrigens bisher aus diesem Vorfalle keinen Anlaß zu irgend welchem Schritte gegen den Geistlichen entnommen.

Vermischtes.

* **Berlin, 27. September.** Der aus dem Fournier'schen Prozesse bekannte Musiklehrer Klinge — welcher übrigens mit seiner jungen Gattin nicht glücklich und zuletzt sogar quoad thorum et mensam von ihr getrennt gelebt haben soll — ist, wie man dem „Br. Fr.-Bl.“ mitgetheilt, vorgehens beerdigt worden. Das Kind war ihm im Tode bereits vorangegangen. Die so unglücklich begonnene Ehe hat somit einen ebenso unglücklichen Verlauf gehabt. — Vor den Geschworenen stand gestern unter der Anklage des betrügerischen Bankrotts ein Mann, dessen Brust mit dem eisernen Kreuz gezier war. Er hatte die Kämpfe bei Missunde, bei Königsgrätz mitgemacht und im letzten Kriege die genannte Auszeichnung sich erworben. Es unterlag keinem Zweifel, daß der Angeklagte, über dessen Geschäft der Kontursausbruch war, einen großen Theil seiner Waaren den Gläubigern entzogen hatte; der Staatsanwalt selbst nahm jedoch Veranlassung, mildern die Umstände zu beantragen, indem der Angeklagte, nachdem er des genannten Vergehens sich schuldig gemacht, sich durch sein Verhalten im Kriege wohl verdient gemacht habe, wovon das eiserne Kreuz zeugt, das er auf der Brust trage. Die Geschworenen gingen denn auch hierauf ein und bewilligten dem Angeklagten mit dernde Umstände, worauf das Gericht auf 4 Monate Gefängnis erkannte.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wafner in Posen.

